

## Gesamtleistungswettbewerb Fussgängerbrücke über den Schächen **Besondere und Objektgebundene Bestimmungen**

### Inhaltsverzeichnis

1	Besondere Bestimmungen .....	3
1.1	Vorhandene Werkleitungen, Bauwerke und Anlagen (NPK 102.330) .....	3
1.2	Unterirdische Leitungen (NPK 102.332) .....	3
1.3	Klima (NPK 102.341) .....	3
1.4	Behinderungen, Einschränkungen, Erschwernisse (NPK 102.350) .....	3
1.5	Baustellenzufahrten über Strassen (NPK 102.361) .....	4
1.6	Zustandserfassung (NPK 102.381) .....	4
1.7	Kostenlose Benützung fremder Grundstücke (NPK 102.421) .....	4
1.8	Kostenpflichtige Benützung fremder Grundstücke (NPK 102.422) .....	4
1.9	Elektrizität zuführen (NPK 102.431) .....	4
1.10	Trink- und Brauchwasser zuführen (NPK 102.432) .....	4
1.11	Kommunikationsmittel zuführen oder einrichten (NPK 102.433) .....	5
1.12	Arbeitssicherheit (NPK 102.523) .....	5
1.13	Notfallkonzepte (NPK 102.526) .....	5
1.14	Störfallkonzepte (NPK 102.527) .....	5
1.15	Schutzmassnahmen (NPK 102.528) .....	5
1.16	Schutz von Baustellen, Zufahrten und Transportwegen (NPK 102.531) .....	6
1.17	Schutz bestehender Anlagen (NPK 102.532) .....	6
1.18	Bauvorgang (NPK 102.621) .....	6
1.19	Intensivbauphasen (NPK 102.624) .....	6
1.20	SIA-Normen, -Empfehlungen und -Richtlinien (NPK 102.721) .....	6
1.21	VSS-Normen, -Empfehlungen und -Richtlinien (NPK 102.731) .....	7
1.22	Weitere Normen, Weisungen, Richtlinien, Wegleitungen, Empfehlungen und dgl. (NPK 102.741) .....	7
1.23	Auflagen bezüglich Verkehrs- und Transportwege (NPK 102.832) .....	7
1.24	Spezielle Auflagen bezüglich Einrichtungen und Bauausführung (NPK 102.837) .....	7
1.25	Vermessung (NPK 102.841) .....	7
1.26	Absteckungen und Einmessungen (NPK 102.842) .....	7
1.27	Deformationsmessungen (NPK 102.844) .....	8
1.28	Unterhalt und Reinigung (NPK 102.854) .....	8

1.29	Winterdienst (NPK 102.855).....	8
1.30	Instandsetzungen nach Arbeitsbeendigung (NPK 102.862).....	8
1.31	Bauwesenversicherung (NPK 102.922).....	8
1.32	Unternehmer-Haftpflichtversicherung (NPK 102.931).....	8
1.33	Spezialversicherungen (NPK 102.932).....	9
1.34	Rapportwesen (NPK 102.941).....	9
1.35	Regiearbeiten (NPK 102.942) .....	11
1.36	Rechnungsstellungen und Zahlungsverkehr (NPK 102.944).....	11
1.37	Zahlungspläne, Voraus-, Teil- und Abschlagszahlungen (NPK 102.945) .....	11
1.38	Schlussabrechnung (NPK 102.946) .....	12
1.39	Kostenbeteiligungen des Unternehmers (NPK 102.947).....	12
1.40	Bauwerksdokumentation (NPK 102.961).....	12
2	Objektgebundene Bestimmungen .....	13
2.1	Allgemein .....	13
2.2	Gerüste.....	13
2.3	Rückbau.....	13
2.4	Aushub .....	13
2.5	Baugrubenabschluss.....	13
2.6	Anker .....	13
2.7	Pfähle / Mikropfähle .....	14
2.8	Beton .....	14
2.9	Schalung.....	14
2.10	Bewehrung.....	15
2.11	Vorspannung .....	15
2.12	Reprofilierung / Spachtelung .....	15
2.13	Hydrophobierung .....	15
2.14	Stahlbau.....	16
2.15	Holzbau .....	16
2.16	Naturstein .....	17
2.17	Abdichtung.....	17
2.18	Planum / Planie.....	18
2.19	Belag .....	18
2.20	Randabschlüsse / Pflästerungen.....	18
2.21	Werkleitungen.....	19
2.22	Hinterfüllung und Grabenauffüllung.....	19
3	Vorgaben zum Umweltschutz.....	20
3.1	Allgemein .....	20
3.2	Baustellenentwässerung .....	20
3.3	Lärmimmissionen.....	21
3.4	Luft.....	21
3.5	Erschütterungen.....	21
3.6	Bauabfälle.....	21
3.7	Bodenschutz .....	22
3.8	Naturschutz / Wald.....	22
3.9	Invasive Organismen .....	23

# **1 Besondere Bestimmungen**

## **1.1 Vorhandene Werkleitungen, Bauwerke und Anlagen (NPK 102.330)**

### **Bestehende Werkleitungen im Bereich der Baustelle**

Die Unternehmung hat sich vor Baubeginn über die genaue Lage zu informieren und Sicherungsmassnahmen zu treffen. Sämtliche Aufwendungen gehen zu Lasten der Unternehmung.

Der Projektverfasser hält in den Planunterlagen die bestehenden Werkleitungen nach bestem Wissen und Gewissen fest, sie haben grundsätzlich informativen Charakter und dienen der generellen Übersicht. Die Planunterlagen entbinden die Unternehmung nicht von der Pflicht der Werkleitungserhebung.

Die Unternehmung hat in allen Fällen die angegebenen oder abgesteckten Leitungen durch Sonderschlitz zu verifizieren. Sämtliche freigelegten Werkleitungen müssen durch die Unternehmung nach den Richtlinien der Werke geschützt werden. Des Weiteren wird auf das Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe hingewiesen. Der Zugang zu den Einrichtungen der Werke (Schächte, Verteilkästen, Schieber, etc.) ist jederzeit sicher zu stellen.

Werden Leitungen beschädigt, die in den Kataster- oder Ausführungsplänen eingezeichnet und / oder vom Werkeigentümer oder der Bauleitung abgesteckt sind, so hat die Unternehmung für die Behebung der Schäden und die Kosten von Folgeschäden sowie für alle anderen Forderungen der Leitungseigentümer und allfälliger Dritter aufzukommen.

Die Unternehmung muss sich ferner Gewissheit verschaffen, dass alle nicht mehr benötigten Leitungen auch wirklich von den Werken ausser Betrieb gesetzt sind. Sämtliche Aufwendungen im Zusammenhang mit den bestehenden Werkleitungen im Bereich der Baustelle und der Installationsplätze sind im Angebot der Unternehmung zu berücksichtigen.

## **1.2 Unterirdische Leitungen (NPK 102.332)**

Vor Baubeginn der Arbeiten im Bereich von Werkleitungen sind die Bauleitung und die betreffenden Werkeigentümer zu informieren. In besonderen Fällen hat die Unternehmung vom Werkeigentümer schriftlich zu verlangen, dass das Leitungstrasse abgesteckt wird.

## **1.3 Klima (NPK 102.341)**

Die Kenntnis bezüglich der klimatischen Verhältnisse wird als bekannt vorausgesetzt. Die Unternehmung hat in Kenntnis der Vorgaben bezüglich des Bauprogramms sowie den baulichen Randbedingungen den Bauablauf sowie die erforderlichen Schutz- und Begleitmassnahmen so zu berücksichtigen, dass eine fach- und termingerechte Realisierung des Bauvorhabens gegeben ist.

Die Schlechtwetterentschädigung ist in die Einheitspreise enthalten. Ebenfalls einzurechnen sind Verzögerungen aufgrund schlechter Umweltbedingungen, insbesondere ungenügend abgetrockneter Böden. Es werden keine zusätzlichen Entschädigungen gewährt.

Für den Fall, dass die Witterung die Qualität des Bauwerkes beeinträchtigen könnte, sind von der Unternehmung geeignete und wirksame bauliche Schutzmassnahmen zu ergreifen. Die Aufwendungen sind in die Einheitspreise enthalten.

## **1.4 Behinderungen, Einschränkungen, Erschwernisse (NPK 102.350)**

Wo nichts anderes vermerkt ist, sind sämtliche Behinderungen, Einschränkungen und Erschwernisse in den Einheitspreisen enthalten. Es werden keine zusätzlichen Entschädigungen gewährt.

## **1.5 Baustellenzufahrten über Strassen (NPK 102.361)**

Die Unternehmung hat sich betreffend der Baustellenzufahrten zu informieren und die Transporte entsprechend den vorherrschenden Bedingungen zu planen. Die Grösse der Transportfahrzeuge für An- und Abtransporte bzw. Materiallieferungen sind den örtlichen Gegebenheiten anzupassen.

Der Anstösser- / Lieferantenverkehr (Fahrzeuge / Fussgänger) ist zu gewährleisten.

Für Notfallfahrzeuge ist während der gesamten Bauzeit eine Zufahrt zur Baustelle und zu jedem Punkt der Strecke zu ermöglichen. Es darf keine unzugänglichen Abschnitte geben. Das heisst, der Längstransport innerhalb der Baustelle muss jederzeit und überall gewährleistet sein.

Die Unternehmung sorgt für die tägliche Reinigung der von den Fahrzeugen der Baustelle verschmutzten Strassen inner- und ausserhalb der Baustelle. Grössere Verunreinigungen sowie Steine müssen sofort entfernt werden. Die entsprechenden Aufwendungen hat die Unternehmung in die Kosten für die Installation einzurechnen.

## **1.6 Zustandserfassung (NPK 102.381)**

Die Zustandserfassungen von bestehenden Anlagen / Anlageteilen / Bauwerken / Schächten / Kabinen etc. erfolgen vor Baubeginn zwischen der Unternehmung und der Bauleitung und ist schriftlich zu dokumentieren. Wird durch die Unternehmung keine Zustandserfassung verlangt, wird davon ausgegangen, dass alle vorhandenen Anlagen / Anlageteilen / Bauwerken / Schächten / Kabinen etc. ohne sichtbaren Mangel sind.

## **1.7 Kostenlose Benützung fremder Grundstücke (NPK 102.421)**

Terrain darf die Unternehmung nur beanspruchen, wenn sie den Nachweis erbringt, dass diese Beanspruchung den Vorschriften des Amts für Umweltschutz nicht widerspricht und sie alle notwendigen Bewilligungen eingeholt hat. Dabei gehen alle Kosten wie Ertragsausfall, die einwandfreie Wiederinstandstellung und allfällige Minderwertforderungen zu ihren Lasten.

## **1.8 Kostenpflichtige Benützung fremder Grundstücke (NPK 102.422)**

Der Unternehmung ist freigestellt selber Grundstücke während den Bauarbeiten zu beanspruchen. Sie ist jedoch für deren Bewilligung, allfällige Entschädigung sowie Instandstellung selber verantwortlich. Der Bauherr lehnt jegliche Haftung rechtlicher, materieller und finanzieller Art ab.

## **1.9 Elektrizität zuführen (NPK 102.431)**

Die notwendigen Anschlussbewilligungen für Baustrom sind durch die Unternehmung bei den zuständigen Werken einzuholen. Dabei gehen die Anschlusskosten, notwendigen Sicherungskästen, alle Zu- und Verteilleitungen, Umstellungen, Deinstallationen sowie Stromkosten zu ihren Lasten. Unterbrüche in der Versorgung werden nicht entschädigt.

Möglichkeiten und technische Realisierbarkeit der geplanten Baustromanschlüsse sind vor der Abgabe der Offerte mit dem zuständigen Werk abzuklären.

## **1.10 Trink- und Brauchwasser zuführen (NPK 102.432)**

Die notwendigen Anschlussbewilligungen sind durch die Unternehmung bei den zuständigen Werken einzuholen. Dabei gehen die Kosten für Anschlüsse, sämtliche Leitungen sowie Gebühren zu ihren Lasten. Unterbrüche in der Versorgung werden nicht entschädigt.

### **1.11 Kommunikationsmittel zuführen oder einrichten (NPK 102.433)**

Die notwendigen Anschlussbewilligungen sind durch die Unternehmung einzuholen. Dabei gehen die Kosten für Anschlüsse, sämtliche Leitungen sowie Gebühren zu ihren Lasten. Unterbrüche in der Versorgung werden nicht entschädigt.

### **1.12 Arbeitssicherheit (NPK 102.523)**

Es sind alle einschlägigen Gesetze und Vorschriften zu beachten. Die Unternehmung trifft alle notwendigen Massnahmen für die Gewährleistung der vorschriftsgemässen Arbeitssicherheit. Alle Aufwendungen für die Gewährleistung der Sicherheit sind in den Einheitspreisen enthalten. Es werden keine zusätzlichen Entschädigungen gewährt.

### **1.13 Notfallkonzepte (NPK 102.526)**

Für die Ausführungsphase erarbeitet die Unternehmung zusammen mit der Bauherrschaft ein Alarm- und Notfallkonzept. Es regelt die Alarmauslösung, die Alarmstufen und die Bereitschaften und bezieht alle an der Ausführung Beteiligten mit ein. Der Einbezug der Unternehmung in dieses Konzept ist in den Einheitspreisen enthalten. Allfällige Notfalleinsätze werden nach Aufwand entschädigt.

### **1.14 Störfallkonzepte (NPK 102.527)**

Schadenfälle, die eine Gefährdung von Mensch und Umwelt oder eine Verschmutzung von Gewässern und Boden nach sich ziehen können sowie Beschädigungen an Werk- und Versorgungsleitungen betreffen, sind sofort den zuständigen Dienststellen und der Bauleitung zu melden. Wo erforderlich (z. B. bei unmittelbarer Gefahr) ist auch die Polizei, Ölwehr usw. zu alarmieren. Eine Liste mit allen Dienststellen wird der Unternehmung mit Vertragsabschluss zugestellt.

Die Unternehmung hat erste Massnahmen zur Verhütung von weiteren Schäden selbständig zu organisieren.

### **1.15 Schutzmassnahmen (NPK 102.528)**

#### **Vorgaben**

Wo nichts anderes vermerkt ist, sind sämtliche Aufwendungen für Schutzmassnahmen in den Einheitspreisen eingerechnet.

#### **Schadenfälle**

Jede Gefährdung von Mensch, Tier und Umwelt ist grundsätzlich zu vermeiden. Schadenfälle, die eine Gefährdung von Mensch, Tier und Umwelt nach sich ziehen können oder Beschädigungen an Werk- und Versorgungsleitungen betreffen, sind neben den ohnehin vorgeschriebenen Instanzen wie Polizei, SUVA, etc. sofort telefonisch den betroffenen Dienststellen zu melden.

#### **Massnahmen**

Unterirdische Leitungen:

Die Unternehmung informiert sich über die genaue Lage und die zu treffenden Sicherungsmassnahmen. Das Verlegen und Schützen von Leitungen für die Baustelleneinrichtungen gehen zu Lasten der Unternehmung. Es werden keine zusätzlichen Entschädigungen gewährt.

Oberirdische Leitungen:

Die Unternehmung hält die Sicherheitsabstände ein. Die daraus resultierenden Behinderungen sind in den Einheitspreisen enthalten. Es werden keine zusätzlichen Entschädigungen gewährt.

Hochwasserrisiko:

Die Unternehmung trägt bis zu den massgebenden Werten, ausser der gesetzlichen Haftung, das volle Hochwasserrisiko für Baustelleneinrichtungen und ausgeführte Bauwerkteile. Im Hochwasserbereich dürfen keine wassergefährdenden Stoffe gelagert werden.

## **1.16 Schutz von Baustellen, Zufahrten und Transportwegen (NPK 102.531)**

### **Gegen unbefugtes Betreten und Befahren**

Die Aufwendungen für Schutzmassnahmen sind in den Einheitspreisen enthalten. Es werden keine zusätzlichen Entschädigungen gewährt.

### **Baustellenabschränkungen**

Die Unternehmung ist für die Gewährleistung der vorschriftsmässigen Signalisation und Abschränkung verantwortlich. Baustellenabschränkungen und Leitbaken dürfen nur nach vorgängiger Bewilligung des Amts für Tiefbau verschoben werden. Bei Handlungen ohne vorgängige Absprache lehnt die Bauherrschaft jede Verantwortung bezüglich Sach- und Personenschäden ab.

Die Baustellenabschränkung und Leitbaken sind laufend auch am Wochenende, öffentlichen Anlässen und an Feiertagen durch die Unternehmung zu kontrollieren und bei Bedarf auszurichten. Die Aufwendungen werden nicht separat vergütet und sind in die Einheitspreise enthalten.

### **Grabarbeiten**

Grabenprofile werden vor Baubeginn durch die Unternehmung und die Bauleitung festgelegt.

Für die Dimensionierung und die Ausführung der Baugrubensicherungen ist die Unternehmung verantwortlich. Die Abklärungen für die Dimensionierung und Berechnungen sind einzurechnen.

## **1.17 Schutz bestehender Anlagen (NPK 102.532)**

Bestehende und neu erstellte Anlagen / Bauwerke, welche von den projektierten Massnahmen nicht direkt tangiert werden, sind durch die Unternehmung mit geeigneten Massnahmen (Schutzeinrichtungen, Anpassung Bauabläufe, etc.) vor jeglichen Beschädigungen zu schützen. Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Einheitspreisen enthalten.

Beschädigungen und Beeinträchtigungen sind der Bauleitung umgehend zu melden und durch den Verursacher auf seine Kosten zu beheben.

## **1.18 Bauvorgang (NPK 102.621)**

Arbeitsunterbrüche im Winter oder während den Sommerferien werden von der Unternehmung festgelegt und müssen der Bauherrschaft zur Genehmigung eingereicht werden.

## **1.19 Intensivbauphasen (NPK 102.624)**

### **Infolge Arbeitsrückstands der Unternehmung**

Sind zur Einhaltung von vertraglich vereinbarten Terminen zusätzliche verlängerte Schichten, Nacht- oder Sonntagsarbeit notwendig, werden von der Bauherrschaft keine Zuschläge vergütet. Das Einholen der entsprechenden Bewilligungen ist Sache des Beauftragten und ist vorgängig mit der Bauherrschaft abzusprechen.

## **1.20 SIA-Normen, -Empfehlungen und -Richtlinien (NPK 102.721)**

Grundsätzlich gilt das SIA-Regelwerk (mit Gültigkeit bis Eingabedatum).

### **1.21 VSS-Normen, -Empfehlungen und -Richtlinien (NPK 102.731)**

Grundsätzlich gilt das VSS-Regelwerk (mit Gültigkeit bis Eingabedatum).

### **1.22 Weitere Normen, Weisungen, Richtlinien, Wegleitungen, Empfehlungen und dgl. (NPK 102.741)**

#### **Hinweise auf Vorschriften für die Unternehmung**

Sämtliche einschlägigen Normen, Weisungen, Richtlinien, Wegleitungen, Empfehlungen und dgl. des Bundes und der Baudirektion Uri des Amts für Tiefbau sowie die Weisungen und Richtlinien der Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion Uri des Amts für Umweltschutz sind einzuhalten.

### **1.23 Auflagen bezüglich Verkehrs- und Transportwege (NPK 102.832)**

Sämtliche Aufwendungen für Transporte von Materialien ab Depots zur Verwendungsstelle resp. Rücktransport sind in die Installationsglobale oder Einheitspreise einzurechnen und werden nicht speziell entschädigt.

### **1.24 Spezielle Auflagen bezüglich Einrichtungen und Bauausführung (NPK 102.837)**

#### **Verkehrsführung mit Bedingungen**

Erstellen und Instandhalten von betriebssicheren Zufahrten zu den einzelnen Parzellen (soweit vorhanden) sind in der Globalen der Baustelleneinrichtungen enthalten, sofern diese mit einfachen Mitteln (Kiesrampen usw.) zu realisieren sind. Provisorische Brücken, Belagsrampen usw. für Fahrzeuge werden separat entschädigt.

#### **Entwässerungsleitungen, Schächte, Schlamm-sammler**

Durch die Unternehmung verursachte Verschmutzungen in Entwässerungsleitungen, Schächten, Schlamm-sammlern sind vor der Bauabnahme zu reinigen. Sämtliche Aufwendungen inkl. Entsorgungskosten gehen zu Lasten der Unternehmung.

### **1.25 Vermessung (NPK 102.841)**

Alle neu erstellten unterirdischen Anlagen (Schächte, Leitungen, Kabel, Hüllrohre usw.) dürfen erst zugedeckt werden, wenn die Einmessungen durchgeführt wurden. Die Einmessungen werden durch ein bauseits beauftragtes Vermessungsbüro durchgeführt.

Können die notwendigen Vermessungsarbeiten nicht erledigt werden, weil die Unternehmung das Vermessungsbüro nicht aufgeboden hat, oder der Vermesser keinen Zugang zu den aufzunehmenden Objekten hat, oder aus sinngemässen Gründen eine Vermessung nicht möglich ist, muss die Unternehmung die Folgekosten übernehmen.

### **1.26 Absteckungen und Einmessungen (NPK 102.842)**

Als Absteckungsgrundlagen werden der Unternehmung die Achse oder ein gleichwertiges Element sowie Höhenfixpunkte zur Verfügung gestellt. Alle weiteren Absteckungen sowie Sicherung und Erhaltung der Absteckungspunkte, die zur planmässigen Ausführung des Werkes notwendig sind, hat die Unternehmung auf seine Kosten auszuführen. Die Unternehmung ist für alle Folgen haftbar, die aus einer unrichtigen, von ihm vorgenommenen oder vernachlässigten Absteckung entstehen.

### **1.27 Deformationsmessungen (NPK 102.844)**

Die Unternehmung hat die Sicherheit ihrer Bauhilfsmassnahmen wie z. B. Lehrgerüste, Arbeitsbühnen, etc. zu gewährleisten. Deren Kontrollen und Überwachungen sind in einem Sicherheitsplan darzulegen. Die Leistungen hierfür, sowie sämtliche Kontrollen und Überwachungen, sind in den Einheitspreisen enthalten.

### **1.28 Unterhalt und Reinigung (NPK 102.854)**

Die Unternehmung ist für die sofortige Behebung von selber oder von seinen Unterakkordanten verursachten Verschmutzungen verantwortlich, unabhängig davon ob diese innerhalb seiner Baustelle, oder ausserhalb auf öffentlichem oder privatem Grund vorliegen.

Durch die Unternehmung verursachte Verschmutzungen in Entwässerungsleitungen, Schächten, Schlammfassern sind vor der Bauabnahme zu reinigen. Sämtliche Aufwendungen inkl. Entsorgungskosten gehen zu Lasten der Unternehmung.

### **1.29 Winterdienst (NPK 102.855)**

Alle mit den Massnahmen für den Winterdienst zusammenhängenden Aufwendungen der Unternehmung sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Die Schneeräumung innerhalb der Baustelle (inkl. Zufahrten, exkl. öffentlicher Strassen) und den übrigen von der Unternehmung beanspruchten Flächen ist Sache der Unternehmung.

Schneeräumungen werden nur nach Absprache mit der Bauleitung in Regie vergütet. Vergütet werden dabei nur Hilfsarbeiterstunden. Die Unternehmung hat keinen Anspruch auf Vergütung, wenn das Einverständnis der Bauleitung nicht vorliegt.

### **1.30 Instandsetzungen nach Arbeitsbeendigung (NPK 102.862)**

Alle provisorischen Einbauten wie Fundamente usw. sind bei Bauende nach dem Abbruch wieder einzufüllen bzw. alter Zustand herstellen und der Bodenaufbau (Ober- und, wenn vorhanden Unterboden) von gleicher Stärke und Qualität wie vor Bauausführung resp. nach vorgegebenem Rekulivierungsziel wieder herzustellen. Die für die Bauzeit übernommenen Strassen- und Landparzellen sind dem Eigentümer nach Beendigung der Arbeiten im ursprünglichen Zustand zurückzugeben. Diese Instandstellungsarbeiten gehen zu Lasten der Unternehmung und sind in den Einheitspreisen enthalten. Es werden keine zusätzlichen Entschädigungen gewährt.

### **1.31 Bauwesenversicherung (NPK 102.922)**

Der Bauherr hat für das vorliegende Objekt keine Bauwesenversicherung abgeschlossen.

Schliesst die Unternehmung eine Bauwesenversicherung ab, sind bestehende Bauten, Bauherrschaft, Ingenieure und Planer, Bauleitung und Experten einzuschliessen.

Die Versicherungsdeckung umfasst das Gesamtangebot gemäss der bereinigten Offertsumme. Die Prämie ist im Angebot enthalten.

### **1.32 Unternehmer-Haftpflichtversicherung (NPK 102.931)**

Die Deckungssumme muss für Personenschäden min. Fr. 10'000'000.-- pro Ereignis bzw. für Sachschäden min. Fr. 10'000'000.-- pro Ereignis betragen.

Die Anbieterin / der Anbieter erklärt, gegen Haftpflichtansprüche genügend versichert zu sein bzw. bei einer Auftragserteilung die erforderlichen Versicherungen abzuschliessen und diese Versicherungen, falls ein Vertrag zustande kommt, für die gesamte Zeit bis zum Erlöschen jeglicher Haft-



pflicht voll aufrecht zu erhalten. Die Unternehmung hat vor Baubeginn einen Versicherungsnachweis vorzulegen.

### **1.33 Spezialversicherungen (NPK 102.932)**

Über die Haftpflichtversicherung hinaus ist die Unternehmung verpflichtet, für Feuer- und Explosionsschäden an seinen Installationen eine Versicherung abzuschliessen. Die persönlichen Effekte der Arbeiter müssen darin eingeschlossen sein.

Als Halter aller auf öffentlichen Strassen eingesetzten selbstfahrenden Arbeitsmaschinen ohne Fahrzeugausweise und Kontrollschilder muss die Unternehmung nach Massgabe des SVG gegen Haftpflichtansprüche versichert sein.

### **1.34 Rapportwesen (NPK 102.941)**

#### **Tagesrapporte**

Die Unternehmung ist zur Führung von Tagesrapporten verpflichtet. Auf Verlangen sind der Bauleitung davon laufend Kopien abzugeben.

Aus diesen Rapporten soll folgendes ersichtlich sein:

- Kurzbeschreibung der erbrachten Arbeitsleistungen, mit Ortsangabe, Datum und Witterung / Temperatur;
- Anzahl der Arbeiter und deren Arbeitsstunden;
- Eingesetzte Maschinen und Fahrzeuge mit Einsatzzeit;
- An- und Rücklieferungen von Materialien und Geräten;
- Angaben über den Betrieb von Lichtsignalanlagen;

sowie weitere nach dem Ermessen der Bauleitung nötige Informationen.

Wenn die eingesetzte(n) Arbeitsgruppe(n) noch für andere Auftraggeber (z. B. Gemeindewerke, Swisscom, Private) arbeitet / arbeiten, müssen die Leistungen und Materiallieferungen für die einzelnen Auftraggeber separat festgehalten werden.

#### **Regierapporte**

Die Originale der täglich anzufertigenden Regierapporte sind mit Vermerk der Arbeitszeit, des Materialverbrauches und der verrichteten Arbeiten der örtliche Bauleitung innert 5 Arbeitstagen unaufgefordert abzugeben. Zudem sind die Regiearbeiten in den Tagesrapporten gesondert aufzuführen.

Von der Bauleitung unterzeichnete Rapporte bescheinigen lediglich die Richtigkeit der Angaben. Mit der Unterzeichnung der Rapporte nimmt die Bauleitung jedoch weder die erbrachten Arbeiten ab, noch anerkennt sie von der Unternehmung daraus geltend gemachte Ansprüche. Über Letztere entscheidet ausschliesslich der Auftraggeber nach Überprüfung der Regierechnungen anhand des Werkvertrages.

#### **Transporte und Materiallieferungen**

Nach Volumen oder Gewicht abzurechnende Transporte und Materialien, wie Aushub- und Schüttkubaturen, Kiessand, Belagsmischgut, Beton, Bewehrung usw. sind täglich nach Fuhr- und Lieferscheinen in Tabellen zusammenzustellen und wöchentlich der Bauleitung mit den Belegen (inkl. Fuhr- und Lieferscheinen) abzugeben.

Der Einsatz von Mulden, allfällige Zwischentransporte des Materials in der Baustelle oder Wartezeiten der Transportfahrzeuge sowie Mehraufwendungen für Zwischenlager (Rollmulden, Umschlaggeräte, Silos, Reinigung der Umschlagplätze und Platzmieten) sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Die Transportpreise gelten unabhängig vom Transportmittel. Die Unternehmung bestimmt die Art der Fahrzeuge für einen wirtschaftlichen Einsatz.

### Ausmassvorschriften

Die erbrachten Leistungen werden mit den im vorliegenden Leistungsverzeichnis gegebenen Einheitspreisen abgerechnet. Sämtliche Ausmasse sind gemeinsam mit dem zuständigen Vertreter der Unternehmung laufend aufzunehmen, detailliert in speziellen Ausmassblättern festzuhalten und durch gegenseitige Unterzeichnung zu bestätigen.

Allgemein gelten die Ausmassvorschriften, wie sie in den einzelnen Normenpositionskatalogen, in den Normen sowie den Normalien und Richtlinien aufgeführt sind. In den folgenden Abschnitten sind Ergänzungen, Änderungen und Präzisierungen zu den allgemein gültigen Vorschriften aufgeführt.

Umrechnungsfaktoren beim Aushub:

- Für Transporte "Ausmass fest" wird die Kubatur im Abtrag oder in der Baugrube gemessen. Bei verschiedenen Transportdistanzen wird die Gesamtkubatur eines Abschnittes im Verhältnis der Losekubatur auf die verschiedenen Distanzen aufgeteilt, d. h. der Umrechnungsfaktor locker / fest wird nach den effektiven Verhältnissen bestimmt.
- In Fällen, bei denen diese Faktorbestimmung nicht möglich ist, gelten für die Umrechnung von Festmass in Lockermass und umgekehrt folgende Faktoren:

• Kiesmaterial	fest	→	locker	100 %	→	125 %
	locker	→	fest	100 %	→	80 %
• Erdmaterial (Aushub- und Schüttmaterial)	fest	→	locker	100 %	→	130 %
	locker	→	fest	100 %	→	77 %
• Geröll	fest	→	locker	100 %	→	140 %
	locker	→	fest	100 %	→	71 %
• Humus	fest	→	locker	100 %	→	115 %
	locker	→	fest	100 %	→	87 %
• Sand	fest	→	locker	100 %	→	110 %
	locker	→	fest	100 %	→	91 %
• Asphaltbeton gefräst	fest	→	locker	100 %	→	112 %
	locker	→	fest	100 %	→	95 %
• Asphaltbeton gebrochen	fest	→	locker	100 %	→	150 %
	locker	→	fest	100 %	→	75 %
• Beton gebrochen	fest	→	locker	100 %	→	150 %
	locker	→	fest	100 %	→	75 %

Spezifisches Gewicht Blocksteine:

- Es gilt das effektive spezifische Gewicht. Wenn das effektive spezifische Gewicht nicht bekannt ist, gilt:  $2,7 \text{ t/m}^3$ .

Wassergesättigte Materialien:

- Für wassergesättigtes bzw. schlammiges Material oder dgl. werden beim Aushub, Auflad, Abtransport und Entsorgung kein Zuschlag vergütet. Diesbezügliche Erschwernisse sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Betonarbeiten:

- Bei kleinen Betonarbeiten, deren genaue Abmessungen im Laufe der Ausführung bestimmt werden, entspricht das entschädigte Schalungsausmass den effektiv geschalteten Betonflächen. In Abweichung zu SIA 118/262 werden für unterschiedliche Schalhöhen keine Zuschläge vergütet.

Belagsarbeiten:

- Die Erschwernisse / Behinderungen und der erforderliche Handeinbau bei maschinelltem Einbau im Bereich von Rinnen, Trenn- und Verkehrsinseln, Gräten, Quergefällewechsel, künstlichem Längsgefälle, Anschlüsse an Betonbauwerke, angrenzende Verkehrsflächen mit rollendem Verkehr, usw. sind einzurechnen.

### **Nachtragsofferten**

Für jede im Vertrag nicht vorgesehene Arbeit offeriert die Unternehmung schriftlich, unter Berücksichtigung der geschätzten Mengen und den örtlichen Bedingungen entsprechend, neue Preise in einer Nachtragsofferte. Diese Preise bzw. die Nachtragsofferte werden vor Inangriffnahme der betreffenden Arbeiten durch die Unternehmung mit Begründungen vorgelegt und durch die Bauherrschaft genehmigt. Die Kalkulation hat mit den Berechnungsgrundlagen dieser Submission zu erfolgen. Es sind Preisanalysen beizulegen.

Mit dem Nachtrag zum Werkvertrag ist der Bauherrschaft ein Mehr- resp. Minderkostenausweis (wegfallende Positionen) gegenüber der Offerte abzugeben.

### **1.35 Regiearbeiten (NPK 102.942)**

Regiearbeiten brauchen – mit Ausnahme von Notfällen – einen schriftlichen Auftrag der Bauleitung. Der Polier wird maximal zum Ansatz eines Vorarbeiters verrechnet, jedoch nur wenn er selbst mitgearbeitet hat. Ansonsten ist sein Aufwand im Regieansatz enthalten.

Maschinen und Geräte, welche bereits auf der Baustelle sind und in der vertraglich vorgesehenen Bauzeit für Regiearbeiten eingesetzt werden, sind mit dem Regieansatz "Betrieb ohne Miete" in Rechnung zu stellen.

### **1.36 Rechnungsstellungen und Zahlungsverkehr (NPK 102.944)**

#### **Administrative Vorgaben**

Gemäss Entwurf Werkvertrag KBOB.

Rechnungsadresse:      Finanzdirektion Uri  
                                    Kreditorencenter  
                                    Klausenstrasse 2  
                                    CH-6460 Altdorf

#### **Gliederung Rechnung und Zahlungsgesuche, Fristen**

Gemäss Entwurf Werkvertrag KBOB.

#### **Durchlaufrechnungen**

Durchlaufrechnungen werden von der Drittunternehmung an die Unternehmung gestellt und von dieser mit einem besonderen Besorgungszuschlag an die Bauherrschaft weiterverrechnet. Der an die Bauherrschaft weiterverrechnete Betrag ist MwSt.-pflichtig. Der Durchlaufrechnungsbetrag ohne MwSt. bildet die Basis für die Berechnung des Besorgungszuschlags.

Besorgungs- und Unkostenzuschlag für nicht im Werkvertrag mit der Unternehmung enthaltene Leistungen einer Drittunternehmung, die von der Bauleitung angeordnet und koordiniert werden. Der Besorgungs- und Unkostenzuschlag beträgt max. 5 %.

Besorgungs- und Unkostenzuschlag für nicht im Werkvertrag mit der Unternehmung enthaltene Leistungen einer Drittunternehmung, die von der Bauleitung angeordnet und von der Unternehmung koordiniert werden. Der Besorgungs- und Unkostenzuschlag beträgt max. 10 %.

### **1.37 Zahlungspläne, Voraus-, Teil- und Abschlagszahlungen (NPK 102.945)**

#### **Zahlungsplan**

Gemäss Entwurf Werkvertrag KBOB, wobei kein Zahlungsplan erstellt wird.

#### **Abschlagszahlungen**

Gemäss Entwurf Werkvertrag KBOB.

### **1.38 Schlussabrechnung (NPK 102.946)**

Gemäss Entwurf Werkvertrag KBOB.

### **1.39 Kostenbeteiligungen des Unternehmers (NPK 102.947)**

#### **An Schäden von nicht ermittelbaren Verursachern**

Sind bis zur Abnahme Sache der Unternehmung. Zudem haftet die Unternehmung bis zur Abnahme für allen Schaden, der infolge ihrer Arbeit und ihrer Installationen an öffentlichem und privatem Eigentum entstehen sollte.

### **1.40 Bauwerksdokumentation (NPK 102.961)**

#### **Allgemein**

Alle für die Bauwerksdokumentation relevanten Unterlagen, welche aus der internen Qualitätsüberprüfung der Unternehmung herausgehen, sind der Bauherrschaft abzugeben.

#### **Dokumentation von Arbeitsergebnissen**

Die Bauherrschaft ist in jedem Stadium der Vertragsabwicklung berechtigt, sich eine vollständige Dokumentation der Arbeitsergebnisse in 2 Exemplar/en aushändigen zu lassen. Die Dokumente sind in der Vertragssprache sowohl in Papierform als auch auf Datenträger mit den Originaldateien zu übergeben.

## **2 Objektgebundene Bestimmungen**

### **2.1 Allgemein**

Für die Projektierung und Ausführung gelten sämtliche, aktuell gültigen Normen und Merkblätter des SIA, die Normen des VSS und die Richtlinien des ASTRA. Ausserdem gelten sämtliche Wegleitungen und Richtlinien des Bundes sowie die des Kantons Uri.

### **2.2 Gerüste**

Die räumliche Aussteifung des Lehrgerüsts als Ganzes und der Einzelteile muss gewährleistet sein, wobei ohne Einwilligung der Bauleitung bestehende oder bereits erstellte Brückenteile nicht zur Aufnahme von Vertikal- oder Horizontalkräften herangezogen werden dürfen.

Vor Baubeginn ist der Bauherrschaft eine prüffähige statische Berechnung des Lehrgerüsts mit den zugehörigen Plänen einzureichen. Mit dem Erstellen des Gerüsts darf erst nach Prüfung und Genehmigung der Pläne durch die Bauherrschaft begonnen werden.

### **2.3 Rückbau**

Sämtliche temporären Bauzustände, welche eine potentielle Gefahr für die Baustelle oder den Strassen- und Personenverkehr darstellen, müssen von der Bauherrschaft genehmigt werden. Die erforderlichen Nachweise und Pläne sind rechtzeitig, d. h. mindestens zwei Wochen vor den Rückbauarbeiten, durch die Unternehmung zu liefern. Die Verantwortung für die Rückbauarbeiten liegt bei der Unternehmung.

Sämtliche für Abbrüche erforderlichen Sicherungs- und Schutzmassnahmen (Lärm, Staub, prov. Abstützungen / Spriessungen, etc.) sind in den Einheitspositionen enthalten und werden nicht separat vergütet.

### **2.4 Aushub**

Die Aushubsohle muss nach erfolgtem Aushub genügend tragfähig sein und darf weder aufgeloockert noch durchnässt sein. Dabei müssen die minimal geforderten Werte des Verformungsmoduls  $M_{E1} \geq 30 \text{ MN/m}^2$  eingehalten werden.

Vor Arbeitsbeginn ist zwischen Unternehmung und Bauleitung das Aushubprofil zu vereinbaren und skizzenhaft festzuhalten. Das vereinbarte Aushubprofil gilt als Grundlage für das Ausmass (Aushub und Auffüllungen), sofern nicht während der Arbeiten neue Tatsachen bekannt werden, welche eine durch die Bauleitung bewilligte Änderung des Aushubprofils notwendig machen.

### **2.5 Baugrubenabschluss**

Die Verformungen / Setzungen der angrenzenden Bauwerke sowie Strassen sind während des Baus ständig geodätisch zu überwachen. Dabei sind die Grenzwerte der Verformungen / Setzungen objektspezifisch festzulegen, wobei sie in der Regel  $\leq 15 \text{ mm}$  betragen sollten.

Temporäre Baugrubenabschlüsse sind nach Fertigstellung der Arbeiten wieder zu entfernen.

### **2.6 Anker**

Für vorgespannte, permanente Verankerungen sind nur Ankersysteme zugelassen, die im aktuellen SIA-Register der Ankersysteme für die Anwendung in der Geotechnik in der Schweiz aufgeführt sind.

Ungespannte, permanente Verankerungen haben im Minimum den Kriterien der Schutzstufe 2 gemäss Norm SIA 267 (2013) zu genügen. Bei werkseitig vorinjizierten ungespannten Ankern werden nur Anker mit Teillängen nicht länger als 4 m zugelassen. Wo erforderlich sind die ungespannten Anker auf der Baustelle mittels Muffenstoss mit Drehsicherung und Schrumpfschlauch zu verbinden.

Das Zugglied und die Ankerplatte der Anker dürfen nicht in Kontakt mit der Tragwerksbewehrung stehen. Es sind weder Anstriche noch Beschichtungen als Korrosionsschutz erlaubt. Verzinkungen sind ebenfalls nicht zugelassen.

## 2.7 Pfähle / Mikropfähle

Nach dem Betonieren bzw. Rammen der Pfähle sind die Pfahlköpfe schonend, ohne Beschädigung der Bewehrung und genügend tief abzuspitzen. Durch das Abspitzen ist sicherzustellen, dass der ganze Pfahlquerschnitt die geforderte Betonqualität besitzt. Zudem ist darauf zu achten, dass die Betonqualität im Bereich der Pfahlköpfe homogen ist.

Bei Mikropfählen sind die Pfahlbewehrung sowie sämtliche Stahlteile der Mikropfähle von der Bauwerksbewehrung zu trennen, um die Bildung von Makroelementen zu verhindern.

## 2.8 Beton

Die Betone haben den Anforderungen der Norm SN EN 206:2013 (2014) sowie denen der "Qualitätssicherung für Betonbauten des Kantons Uri" (2012) zu genügen. Der Betonhersteller muss entsprechend zertifiziert sein. Darüber hinaus ist die AAR-beständigkeit gemäss SIA-Merkblatt 2042 "Vorbeugung von Schäden durch die Alkali-Aggregat-Reaktion (AAR) bei Betonbauten" (2012) gefordert.

Für die Betonbauteile wird ein Konstruktionsbeton mit langsamer Festigkeitsentwicklung und niedriger Hydratationswärmeentwicklung gemäss Norm SN EN 206:2013 (2014) gefordert. Entsprechend wird für die Hydratationswärme des Zements ein Wert  $\leq 270 \text{ J/g}$  gemäss Norm SN EN 196-8:2010 und Norm SN EN 197-1:2011 gefordert. Die geforderten Anforderungen der Hydratationswärme erfüllen die Zemente des Typs CEM III/B.

Die Betonoberflächen sind in der Regel während mindestens sieben Tagen mit Plastikfolien und Isoliermatten abzudecken. Die Betonoberfläche ist dabei feucht zu halten. Das Verwenden / Aufspritzen von Nachbehandlungsmitteln bedarf der Einwilligung der Bauherrschaft.

Arbeitsfugen sind aufzurauen. Es können geeignete Oberflächenverzögerer verwendet werden. Ist dies nicht möglich, sind die Flächen mechanisch aufzurauen.

## 2.9 Schalung

Projektierung und Ausführung von Schalungen ist Sache der Unternehmung. Die Verantwortung für Tragfähigkeit und Masshaltigkeit der Schalungen liegt vollumfänglich bei der Unternehmung.

Sämtliche Schalungsstösse müssen entsprechend dem verwendeten Schalungstyp abgedichtet werden. Zudem sind alle sichtbaren Betonkanten mittels Dreikantleisten zu brechen. Bei Mauerkronen und Konsolköpfen sind im Betonbereich keine Bindestellen zulässig.

Es dürfen nur Schalungsbehandlungsmittel verwendet werden, die keine schädlichen und verfärbenden Einflüsse auf den Beton ausüben. Sie dürfen sich auch nicht nachteilig auf nachfolgend aufgebrachte Oberflächenschutzsysteme auswirken.

Um Fröhschwindrisse möglichst zu vermeiden, dürfen Schalungen frühestens nach 72 Stunden entfernt werden, in der Regel jedoch erst nach 7 Tagen. Bei Temperaturen unter  $+ 10 \text{ °C}$  sind die Ausschallfristen zu verlängern.

## 2.10 Bewehrung

Es sind im Register normkonformer Betonstähle aufgeführte Stähle der Duktilitätsklasse B gemäss Norm SIA 262 (2013) anzuwenden (Stahlqualität B500B). In den Konsolköpfen ist für die äussere Lage der Bewehrung (Bügel) Betonstahl der Korrosionswiderstandsklasse 1 (z. B. Top 12) gemäss SIA-Merkblatt 2029 (2013) zu verwenden.

Bewehrungsschweissungen (auch Montageschweissungen) sind nicht zugelassen. Die Bauherrschaft behält sich vor, geschweisste Bewehrungen vor dem Betonieren auf Kosten der Unternehmung auswechseln zu lassen.

Die Prüfung der Vollständigkeit und Lage der Bewehrung ist vor jeder Betonieretappe in einem Abnahmeprotokoll festzuhalten.

## 2.11 Vorspannung

Es dürfen nur Spannsysteme verwendet werden, deren Eignung durch ein technisches Zulassungsverfahren und eine Konformitätsbewertung gemäss den Angaben in Norm SIA 262/1 nachgewiesen ist. Entsprechend müssen die eingesetzten Spannsysteme im aktuellen SIA-Register der zugelassenen Spannsysteme aufgeführt sein.

Für die Projektierung und Ausführung sind die für das verwendete Spannsystem geltenden Festlegungen der Schweizerischen Technischen Zulassung (STA) oder der Europäischen Technischen Zulassung (ETA) mit einer Schweizerischen Anwendungszulassung (SA) zu berücksichtigen.

Um Korrosionsschäden an Spannstahl und metallischen Hüllrohren zu vermeiden, sind die Fristen zwischen dem Einbau, dem Spannen und dem Injizieren kurz zu halten. Ansonsten oder falls ungünstige Bedingungen vorherrschen, sind für die Spannglieder temporäre Schutzmassnahmen umzusetzen. Das Eindringen von Feuchtigkeit und Nässe in die Spannglieder ist zu verhindern.

Das Schweissen von Spannstählen ist nicht zulässig. Frei liegende Spannverankerungen sind mit einer Schutzhaube zu schützen.

Während des Spannvorgangs ist ein Spannprotokoll mit allen wichtigen Beobachtungen, insbesondere mit den aufgebrachten Spannkraften und den gemessenen Dehnwege, zu erstellen. Während der Injektionen sind alle wichtigen Beobachtungen und die massgebenden Kennwerte des Füllguts in einem Injektionsprotokoll festzuhalten. Zusätzlich sind Rückstellproben vom Füllgut zu entnehmen.

## 2.12 Reprofilierung / Spachtelung

Die zur Anwendung gelangenden Reparaturmörtel und Spachtel müssen nach EN 1503-3 zertifiziert sein und die Anforderungen der Klasse R4 resp. R3 erfüllen.

Der applizierte Reparaturmörtel bzw. Spachtel ist vor direkter Sonnenbestrahlung, starkem Wind sowie vor Regen zu schützen. Die Oberflächen sind bei einer Umgebungstemperatur von 20 °C während mindestens 48 Stunden feucht zu halten und anschliessend während sieben Tagen mit Plastikfolie und Isoliermatten gegen zu schnelles Austrocknen zu schützen.

## 2.13 Hydrophobierung

Die zur Anwendung gelangende Hydrophobierungen müssen nach EN 1503-2 zertifiziert sein.

Die Applikation darf bei geforderter normaler Eindringung frühestens vier Tage nach fertig gestellter Spachtelung oder Reprofilierung, bei geforderter Tiefenhydrophobierung frühestens vier Wochen nach fertig gestellter Reprofilierung erfolgen.

Bei Umgebungs- und Untergrundtemperaturen unter + 5 °C oder über + 25 °C sowie bei Regen und starkem Wind, darf nicht hydrophobiert werden. Die hydrophobierten Flächen sind mindestens 24 Stunden vor Regen zu schützen.

## 2.14 Stahlbau

### Allgemein

Alle Stahlbauarbeiten haben mindestens die Anforderungen bzw. die Kriterien der Herstellerqualifikation der Qualifikationsklasse H2 gemäss Norm SIA 263/1 (2013) zu erfüllen. Die Qualifikation der Stahlbau-Unternehmungen ist der Bauherrschaft vor Vertragsabschluss zuzustellen, wobei nur Stahlbau-Unternehmungen zugelassen werden, die im aktuellen SIA-Register "Qualifikation für Stahlbaubetriebe" aufgeführt sind.

Bei Schweissverbindungen haben die Schweissnähte die Anforderungen der Bewertungsgruppe B bei ermüdungsbeanspruchten Bauteilen sowie für durchgeschweisste Nähte bzw. die Anforderungen der Bewertungsgruppe C bei Standardbauteilen sowie für Kehlnähte gemäss Norm SIA 263 (2013) zu erfüllen. Alle Schweissnähte sind durchgehend zu schweissen.

Es dürfen nur Baustähle verwendet werden, die gemäss Norm SN EN 10025 als zum Feuerverzinken geeignet eingestuft sind. Die Stahlbauteile sind feuerverzinkungsgerecht gemäss Norm SN EN ISO 1461 und dem SIA-Merkblatt 2022 zu konstruieren, mit genügend grossen Ablauf-, Be- und Entlüftungslöcher sowie keinen geschlossenen Hohlräume. Schweissarbeiten an feuerverzinkten Teilen sind grundsätzlich nicht zulässig (Zinkdämpfe, Gefahr von Lotbruch).

### Korrosionsschutz

Werden als Korrosionsschutz von Stahlbauteilen Beschichtungssysteme eingesetzt, so sind diese gemäss Norm SN EN ISO 12944 auszuführen und haben den entsprechenden Anforderungen zu genügen.

Stahlbauteile, die als Korrosionsschutz entweder eine Feuerverzinkung oder Feuerverzinkung und anschliessende Beschichtung erhalten, sind nach der Norm SN EN ISO 1461 auszuführen.

Grössere Fugen zwischen Konstruktionsteilen sind nach einer fachgerechten Reinigung bzw. Oberflächenvorbereitung mit geeigneten Dichtmassen dicht zu verschliessen. Sofern der Spalt zu eng zum Verfugen ist, ist dieser sorgfältig und mindestens zweimal im Rahmen der Kantenschutzarbeiten auszustreichen.

Schraubverbindungen haben mit feuerverzinkten Schraubengarnituren zu erfolgen. Galvanisch verzinkte Garnituren sind nicht zulässig. Bei feuerverzinkten Konstruktionen sind gleitfeste Schraubverbindungen mittels hochfest vorgespannten 10.9-HV-Schrauben nicht zulässig.

## 2.15 Holzbau

Holzkonstruktionen sind mittels konstruktiven Massnahmen sowie geeigneten Oberflächenbehandlungen vor eindringender Feuchtigkeit, tropfbarem Wasser, Spritzwasser und dgl. zu schützen. Zudem ist ein rasches Abfliessen und Austrocknen von eingedrungenem Wasser zu ermöglichen, um die Holzfeuchtebewegungen gering zu halten. Die Holzfeuchte der einzubauenden Holzbauteile hat stets der zu erwartenden Ausgleichsfeuchte zu entsprechen.

Holz und Holzwerkstoffe dürfen sowohl während der Verarbeitung als auch während des Transports und der Montage nicht ungünstigeren klimatischen Bedingungen als im späteren Gebrauchszustand ausgesetzt sein.

Zugelassen sind nur Holzarten mit hoher Pilzresistenz. Ausserdem dürfen nur Holzschutzmittel bzw. Oberflächenbehandlungsmittel eingesetzt werden, die das LIGNUM-Gütezeichen besitzen.

Weisen metallische Verbindungen eine kürzere Nutzungs- bzw. Lebensdauer auf oder sind sie weniger Dauerhaft ausgebildet als die Holzbauteile, müssen sie auswechselbar ausgebildet sein.



## 2.16 Naturstein

Die Unternehmung hat, mindestens sechs Wochen vor Beginn der Arbeiten, den Nachweis zur ausschliesslichen Verwendung von Natursteinen aus sozialverträglicher Steinproduktion durch das Vorlegen eines anerkannten Labels wie "Xertifix", "fairstone" oder eines gleichwertigen Nachweises bei Steinlieferungen aus Steinbrüchen, die sich nicht in der Schweiz oder in Ländern der EU befinden, zu erbringen.

Als Mauer- und Verfugmörtel sind Puzzolanzemente, sogenannte Trasszemente oder natursteinverträgliche Zemente zu verwenden, wobei die Festigkeit des Verfugmörtels nicht grösser als die des Mauermörtels sein darf. Quellfähige Tonanteile als Zuschlagsstoffe sind untersagt.

Abgestimmt auf die Saugfähigkeit der Mauersteine ist ein zu rasches Austrocknen der Fuge mit geeigneten Massnahmen wie z. B. dem Vorbefeuchten der Mauersteine, einer geeigneten Nachbehandlung oder entsprechenden Schutzmassnahmen zu vermeiden. Die Leistungen hierfür sind in den Einheitspreisen enthalten und werden nicht separat vergütet.

## 2.17 Abdichtung

### Epoxidharz- / Kunstharzversiegelung

Der Untergrund muss tragfähig und trocken sein (Untergrundfeuchtigkeit  $< 4$  Gew.-%), sowie eine genügende Druckfestigkeit (min.  $25 \text{ N/mm}^2$ ) und eine minimale Haftzugfestigkeit von  $1.5 \text{ N/mm}^2$  aufweisen. Er ist mechanisch mittels Strahlen, Schleifen oder Wasserhochdruckreinigung vorzubereiten. Zementhaut, lose und schlecht haftende Teile sind vollständig zu entfernen.

Fehlstellen oder Vertiefungen bis 15 mm sind durch Kratzspachtelung mit Epoxidharz- bzw. Kunstharzmörtel auszugleichen, wobei die Kratzspachtelung mit Quarzsand der Körnung z.B. 0.3 mm bis 0.7 mm resp. 0.5 mm bis 1.2 mm abzustreuen ist.

Im Prüfprotokoll sind neben den Resultaten der Prüfungen folgende Angaben festzuhalten:

- Art und Bezeichnung der geprüften Versiegelung;
- Schichtstärken (Durchschnittswert);
- Vorbehandlung des Untergrunds;
- Verarbeitungsweise des Reaktionsharzes;
- Art des Prüfgeräts;
- Art der Elektroden;
- Prüfgeschwindigkeit;
- Lage und Anzahl der Poren oder Risse;
- Beschreibung der Nachbesserung;
- Besondere Beobachtungen.

### Polymerbitumendichtungsbahnen

Es sind die im aktuell gültigen SIA-Register zu gelassenen Polymerbitumendichtungsbahnen zu verwenden.

Der Untergrund muss trocken (Restfeuchtigkeit  $< 4$  Gew.-%) und sauber sowie frei von Staub, Sand und Rost etc. sein und mindestens eine Haftzugfestigkeit von  $0.76 \text{ N/mm}^2$  bzw.  $0.26 \text{ N/mm}^2$  bei  $5^\circ\text{C}$  resp.  $30^\circ\text{C}$  aufweisen.

Die Bitumendichtungsbahnen sind vollflächig nach den Anweisungen des Lieferanten aufzuflämmen und gleichmässig auf den Untergrund anzupressen. Überlappungen haben im Gefälle min. 10 cm, im Gegengefälle min. 20 cm zu betragen. Alle Nähte sind versetzt anzuordnen. Es dürfen nie mehr als 3 Lagen übereinander liegen.

## 2.18 Planum / Planie

Für die Foundationsschicht wird nur einwandfreies, frostsicheres Material akzeptiert, das die Anforderungen für ungebundene Gemische gemäss Norm SN 670 119-NA erfüllt (Gesteinskörnung, zugelassene Lieferanten, etc.). Der Nachweis der Siebkurve und des Feinanteils sowie die normativen Anforderungen an die CBR-Werte sind durch die Unternehmung beizulegen, ebenso der Bezugsort des Materials. Auf der Baustelle und vom Bezugsort werden von der Bauherrschaft Proben entnommen, um die Qualität nachzuweisen.

Die Foundationsschicht ist schichtweise mit Schichtstärken von 0.20 m bis 0.50 m einzubauen und zu verdichten. Sie darf nicht auf den durch Niederschlag oder Frost aufgeweichten Untergrund eingebracht werden. Zur Gewährleistung der Tragfähigkeit müssen die minimal geforderten Werte des Verformungsmoduls von  $M_{E1} \geq 100 \text{ MN/m}^2$  bei Planien mit Belag bzw. von  $M_{E1} \geq 80 \text{ MN/m}^2$  bei Planien ohne Belag und bei einem jeweiligen Verhältnis von  $M_{E2}/M_{E1} < 2.5$  erreicht werden. Das zulässige Grösstkorn der Foundationsschicht ist auf 63 mm beschränkt.

## 2.19 Belag

Die Einheitspreise sämtlicher bituminöser Schichten verstehen sich mit den aufgrund des Eignungsnachweises der entsprechenden Bezugsanlage sich ergebenden, optimalen Bindemittelgehalte und Kornsiebkurven. Die entsprechende Zulassung des Belags ist der Bauherrschaft durch die Unternehmung unaufgefordert mindestens sechs Wochen vor dem Einbau abzugeben.

Der Einbauvorgang / das Einbaukonzept ist mindestens sechs Wochen vor Beginn der Arbeiten der Bauherrschaft bekannt zu geben. Dabei sind im Speziellen folgende Angaben zu machen:

- Vorgesehene Maschinen und Geräte;
- Lage und Vorbereitung der Arbeitsfugen;
- Vorgesehene Prüfungen und Kontrollen;
- Alarmdispositiv.

Für die Belagsarbeiten sind pro Etappe und Sicht Einbauprotokolle zu erstellen. Darin müssen folgende Angaben enthalten sein:

- Datum, Zeit, Baustelle;
- Einbauetappe / Abschnitt;
- Mischgutherkunft, Mischgutsorte, Mischgutttyp, Bindemittelart, sowie allfällige Zusätze;
- Eingesetztes Personal, eingesetzten Maschinen und Geräte;
- Witterung, Lufttemperatur, Oberflächentemperatur Untergrund;
- Mischguttemperatur unmittelbar am Fertiger;
- Einbaumenge;
- Entnahme Mischgut für Laborprobe (Ort, Zeit);
- Spezielles (Unterbrüche, Anordnungen Bauleitung / Bauherrschaft etc.).

Allfällige Fugenübergänge, Einlaufschächte, Randsteine und andere Einbauten sind abzudecken und dürfen nicht verschmutzt werden. Die Aufwendungen für diese Schutzmassnahmen sind in den Einheitspreisen enthalten und werden nicht separat vergütet.

Der Belag soll vor der Verkehrsfreigabe auf seiner Gesamtdicke ausgekühlt sein. Bei Verschmutzungen muss die Oberfläche vor Verkehrsübergabe gereinigt werden. Der lose, ungebundene Splitt des Gussasphalts ist vor der Verkehrsübergabe abzusaugen.

## 2.20 Randabschlüsse / Pflästerungen

Die erstellten Randabschlüsse / Pflästerungen unterliegen einer fachgerechten Nachbehandlung, mit entsprechender Feuchthaltung, Abdeckung sowie dem Schutz vor Austrocknung. Die Fugen sind dabei mit frosttausalzbeständigem Zementmörtel auszubilden. Bei Niederschlägen sowie bei mit Wasser gefüllten Baugraben dürfen die Randsteine nicht versetzt werden.

## 2.21 Werkleitungen

Für die dauerhaften Werkleitungen sind Rohre aus PEHD zu verwenden.

Schachtbauwerke sind mit provisorischen Schachtabdeckungen zu versehen. Die definitiven Schachtabdeckungen werden erst nach dem Belagseinbau versetzt. Dabei sind höhenverstellbare Schachtabdeckungen und Roste nach dem Belagseinbau gemäss den Vorschriften des Lieferanten anzuheben. Feste und höhenverstellbare Schachtabdeckungen sind 2 bis 3 mm tiefer als OK Belag zu versetzen.

Die Kalibrierung der Kabelschutzrohre hat gleichzeitig mit dem Schnureinzug zu erfolgen. Sie darf erst bei der fertiggestellten Rohranlage und nach der Grabenauffüllung durchgeführt werden.

Die Kontroll- und Einlaufschächte sowie die Leitungen sind nach dem Einbau der Deckschicht zu reinigen.

## 2.22 Hinterfüllung und Grabenauffüllung

Das Material der Hinterfüllung bzw. der Grabenauffüllung ist schichtweise mit Schichthöhen von 0.30 m bis 0.60 m einzubringen und zu verdichten.

Als Material für die Hinterfüllung oder für die Grabenauffüllung ist ein geeignetes Aushubmaterial ohne Bauschutt sowie ohne Altlasten oder ein entsprechend geeignetes Kiesgemische 0/45 zu verwenden, wobei die minimal geforderten Werte des Verformungsmoduls  $M_{E1} \geq 30 \text{ MN/m}^2$  erreicht werden müssen.

## **3 Vorgaben zum Umweltschutz**

### **3.1 Allgemein**

Für die Projektierung und Ausführung gelten sämtliche, aktuell gültigen Normen und Merkblätter des SIA, die Normen des VSS und die Richtlinien des ASTRA. Ausserdem gelten sämtliche Weisungen und Richtlinien des Bundes und die des Kantons Uri sowie sämtliche Vorschriften, Weisungen und Umweltauflagen des Amtes für Umweltschutz. Die Aufwendungen für das Einhalten dieser Vorschriften, Weisungen etc. sind in den Einheitspreisen enthalten.

Die laufende, ordnungsgemässe Umsetzung der Umweltschutzmassnahmen (Baustellenentwässerung, Lärm, Luft, Bauabfälle etc.) ist Sache der Unternehmung und wird durch die Bauleitung mit Stichproben überprüft. Verstösse können bis zu einer Anzeige bei der zuständigen Stelle führen.

### **3.2 Baustellenentwässerung**

Wenn durch den Bauvorgang unter- oder oberirdische Gewässer oder Abwasseranlagen beeinträchtigt werden können, muss ein Entwässerungskonzept nach SIA-Empfehlung 431 erstellt und der zuständigen Behörde zur Bewilligung eingereicht werden. Das Konzept ist rechtzeitig einzureichen, sodass die entsprechende Bewilligung vor Baubeginn vorliegt. Abweichungen davon sind durch das Amt für Umweltschutz genehmigen zu lassen. Dabei sind alle Bauarbeiten sind derart auszuführen, dass keine nachhaltigen Beeinträchtigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer durch Baustellenabwässer und wassergefährdende Flüssigkeiten (z.B. zement- und ölhaltige Abwässer, Treibstoffe) eintreten können. Waschungen von Maschinen und Gerätschaften auf Platz, mit Versickerung des Abwassers oder Einleitungen in Oberflächengewässer, ist strengstens verboten.

Einleitungen sind bewilligungspflichtig, wobei für Einleitungen in die Kanalisation die Bewilligung beim Kanalisationsbetreiber (i.d.R. Gemeinde) einzuholen ist. Einleitungen in öffentliche Gewässer sowie für Versickerungen sind durch das Amt für Umweltschutz genehmigen zu lassen. Basisches Abwasser muss vor der Einleitung neutralisiert werden, so dass der pH-Wert des behandelten Abwassers zwischen 6.5 und 8.5 liegt. Sämtliche erforderlichen Bewilligungen sind durch die Unternehmung rechtzeitig einzuholen.

Die Lagerung und der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen haben gemäss SIA-Empfehlung 431 zu erfolgen. Kompressoren, Transformatoren, Öl- und Chemikalienlager und allenfalls andere wassergefährdende Stoffe und Einrichtungen bedürfen dichte, wettergeschützte Leckauffangwannen (100% Auffangvermögen). Lagerflächen mit Lagerung von wassergefährdenden Stoffen und Maschinen sind von der Bauherrschaft bewilligen zu lassen, wobei die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen nur in allernotwendigsten Kleinmengen, in dichten Behältern und über dichten, wettergeschützten Auffangwannen, zu erfolgen hat. Ausserhalb der Arbeitszeiten dürfen keine Maschinen im Bachbett abgestellt werden.

Für Störfälle mit wassergefährdenden Stoffen hat die Unternehmung einen Organisationsplan für Sofortmassnahmen bereitzustellen und die Belegschaft periodisch über die Massnahmen zu orientieren. Auf dem Bauplatz sind Ölwehrmaterialien (Notbesteck), insbesondere Ölbindemittel für Strassen- und Wassereinsatz sowie Auffangbehälter für Öl und verbrauchten Ölbindemittel ständig bereitzuhalten.

Bei einem Ölunfall ist als Sofortmassnahme der ölverseuchte Boden sofort auszubaggern und auf einen gewässerschutzmässig gesicherten Deponieplatz abzuführen. Jeder Schadenfall, bei dem wassergefährdende Flüssigkeiten in ein Gewässer, in eine Kanalisation oder in das Erdreich ausgelaufen sind, und jede Gewässerverschmutzung muss unverzüglich der Polizei Tel.-Nr. 117, der Bauleitung und der kantonalen Alarmstelle gemeldet werden. Falls Sofortmassnahmen zur Schadens-Minimierung erforderlich sind, ist zudem die Feuerwehr Tel.-Nr. 118 aufzubieten.

### 3.3 Lärmimmissionen

Die Vorgaben gemäss Richtlinie über bauliche und betriebliche Massnahmen zur Begrenzung des Baulärms – Baulärm-Richtlinie, BAFU (2006) für Bauarbeiten, lärmintensive Bauarbeiten und für Bautransporte sind einzuhalten. Die Unternehmung hat die Lärmschutzmassnahmen zu ergreifen, welche nötig sind, um allfälligen Baulärm auf ein Minimum zu reduzieren. Die Aufwendungen hierzu sind in den Einheitspreisen enthalten.

Für Baumaschinen, welche dem "Bundesgesetz über den Strassenverkehr" (SVG) unterstellt sind, gelten die höchst zulässigen Geräuschwerte gemäss der "Verordnung über Bau und Ausrüstung der Strassenfahrzeuge" (BAV).

Für Bauarbeiten während der Ruhezeiten sind neben der Baulärmrichtlinie die Ruhezeitverordnungen (Polizeiverordnungen) der Gemeinden sowie die Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmer zu beachten. Für entsprechende Arbeiten sind vorgängig die notwendigen Bewilligungen einzuholen.

### 3.4 Luft

Die Vorgaben gemäss Richtlinie über betriebliche und technische Massnahmen zur Begrenzung der Luftschadstoff-Emissionen von Baustellen – Baurichtlinie Luft, BAFU (2016) sind einzuhalten.

Die eingesetzten dieselbetriebene Maschinen und Geräte mit einer Leistung von mehr als 18 kW bis und mit 37 kW ab Baujahr 2008, mit einer Leistung von mehr als 37 kW für alle Baujahre, müssen mit einem geprüften, gewarteten und funktionstüchtigen Partikelfiltersystem mit Konformitätsbescheinigung (Art. 19a und 19b sowie Anhang 4 Ziff. 3 ff. LRV) ausgerüstet sein.

Eine übermässige Staubbildung ist mit geeigneten Mitteln wie z. B. Einhausungen, Abschirmen, Befeuchten unbefestigter Wege etc. zu unterbinden. Angrenzende Strassenabschnitte müssen entsprechend der Verschmutzung regelmässig gereinigt werden.

Teerhaltige Beläge und Materialien dürfen auf der Baustelle nicht thermisch aufbereitet werden. Es darf nur Bitumen mit geringer Rauchgasneigung in Form von Bitumenemulsionen verwendet werden. Bitumenlösungen sind nicht zulässig.

### 3.5 Erschütterungen

Die Beurteilung der Auswirkungen von Erschütterungen auf Bauwerke erfolgt gemäss Norm VSS SN 640 312a. Zur Minimierung der Erschütterungseinwirkungen auf Menschen (Belästigung) gelten dieselben zeitlichen Einschränkungen und Informationspflichten wie für lärmige / lärmintensive Arbeiten.

### 3.6 Bauabfälle

Die Vorschriften der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA), der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) sowie der SIA-Empfehlung 430 und die Weisungen Amt für Umweltschutz sind einzuhalten.

Bauabfälle sind nach der Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen, Abfallverordnung VVEA umweltgerecht zu entsorgen. Sie sind unverzüglich abzutransportieren oder in dichten, geschlossenen Behältern oder Mulden zwischenzulagern. Die Unternehmung ist dabei unter Anderem verantwortlich für:

- Fachgerechte Trennung und Entsorgung der Bauabfälle;
- Fachgerechte Entsorgung von Aushub-, Abraum- und Ausbruchmaterial;
- Bestimmung des PAK-Gehalts;
- Meldung von im Vertrag nicht enthaltenen Materialien und Stoffen an die Bauleitung;
- Nachweis der Entsorgung der Bauabfälle.

Beim wiedererwarteten Antreffen von Bauabfällen sowie verschmutztem Aushubmaterial ist das Amt für Umweltschutz unverzüglich zu informieren, welches anschliessend über das weitere Vorgehen entscheidet.

Die Trennung der Bauabfälle hat, soweit dies betrieblich möglich ist, bereits auf der Baustelle mit einer separaten Erfassung zu erfolgen. Ist auf der Baustelle eine getrennte Erfassung nicht möglich, sind die vermischten Bauabfälle einer nahe gelegenen Sortieranlage zuzuführen.

Bauabfälle aus Beton- und / oder Mischabbruch sowie mineralische Bauabfälle sind in bewilligten Bauschuttaufbereitungsanlagen zu entsorgen.

Verschiedene Abfälle, insbesondere Sonderabfälle dürfen nicht mit den übrigen Abfällen oder Zuschlagsstoffen vermischt werden. Sonderabfälle sind getrennt zu erfassen und gemäss den Bestimmungen der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) zu entsorgen.

Die beanspruchten Anlagen für Behandlung, Verwertung, Entsorgung müssen für die entsprechende Materialart über eine Betriebsbewilligung des Kantons verfügen.

### **3.7 Bodenschutz**

Für sämtliche bodenrelevanten Arbeiten (Befahren, Überschütten, Abtrag, Zwischenlagerung, Rekultivierung, etc.) gelten die Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Vorschriften und Weisungen betreffend des Bodenschutzes; insbesondere erwähnt sind die Verordnung über Belastungen des Bodens (VBBo) und die Wegleitung Verwertung von ausgehobenem Boden des BAFU sowie die Normen VSS SN 640 581a, VSS SN 640 582 und VSS SN 640 583.

Ausgehobenes unbelastetes und intaktes Bodenmaterial muss gesetzeskonform als Boden verwertet werden. Der Bodenabtrag / Humus ist nach Abschluss der Arbeiten wenn möglich am Entnahmeort wieder zu verwenden. Soll ausgehobenes Material auf Böden ausserhalb des eingereichten Projekts verwertet werden, ist hierfür eine Bewilligung erforderlich.

Mit geeigneten Vorkehrungen wie Ausrichten des Bauprogramms nach der Witterung, Maschinenwahl in Abhängigkeit von der Bodenfeuchte und druckreduzierende Massnahmen ist sicherzustellen, dass bleibende Bodenverdichtungen vermieden werden. Allfällige druckverteilende Massnahmen sind nach Möglichkeit auf dem gewachsenen Oberboden zu realisieren.

Vermischungen von Oberboden ("Humus", A-Horizont), Unterboden ("Stockerde", "Roterde", B-Horizont) und Untergrundmaterial (C-Horizont) sind zu vermeiden.

Bodenzwischenlager oder frisch geschütteter Boden ist unmittelbar nach Abschluss der Erdarbeiten zu begrünen (tiefwurzelnde, einheimische Saatmischungen verwenden).

### **3.8 Naturschutz / Wald**

Benachbarte schützenswerte Biotope, Naturschutzgebiete und Waldflächen sowie Tiere, insbesondere geschützte Arten, dürfen nicht beeinträchtigt werden und sind vor Baubeginn mittels Zäunen o. ä. vom Bauperimeter abzugrenzen.

Nicht zulässig ist die Beanspruchung von Wald ausserhalb von Rodungsflächen sowie Deponien, Aufschüttungen, Abgrabungen, Einleitung von Abwasser, Grundwasserabsenkung, Zwischenlagerung von Material oder Maschinen o. ä. im Bereich der Naturschutzgebieten und Waldflächen.

Bestehende Bäume / Bepflanzungen und Waldpartien sind fachgerecht vor Beschädigungen zu schützen. Im Wurzelbereich von bestehenden Bäumen dürfen keinerlei Baumaterialien oder Treibstoffe gelagert oder Baumaschinen installiert werden. Der Wurzelbereich darf nicht befahren werden.

### 3.9 Invasive Organismen

Als biologisch belastet gilt Aushub, welcher fortpflanzungsfähige Teile der Arten gemäss Anhang 2 der Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung, FrSV, SR 814.911) enthält. Die wichtigsten Arten des Anhangs 2 sind Asiatischer Staudenknöterich, Essigbaum, Ambrosia, Riesenbärenklau, Drüsiges Springkraut und Schmalblättriges Greiskraut. Beim Umgang mit biologisch belastetem Boden sind die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Invasive Neobiota (AGIN) zu beachten.

Vor Beginn der Bauarbeiten wird abgeklärt, ob im Projektperimeter gegebenenfalls invasive Neophyten (insbesondere Japanischer Staudenknöterich) wachsen. Ist dies der Fall, so gibt das Amt für Umweltschutz klare Vorgaben, wo der Aushub deponiert werden darf.

Biologisch belasteter Boden darf nicht mit unbelastetem Boden vermischt werden. Ausserdem ist sicher zu stellen, dass zugeführtes Material frei von invasiven Neophyten ist.

Boden, der mit Asiatischem Staudenknöterich, Essigbaum, Riesenbärenklau, Drüsigem Springkraut oder Schmalblättrigem Greiskraut belastet ist, ist in einer Inertstoffdeponie oder in einer für die Ablagerung von biologisch belastetem Boden zugelassenen Kiesgrube zu entsorgen. Boden, welcher mit Drüsigem Springkraut belastet ist, kann unter Auflagen auch in der Landwirtschaft verwertet werden (siehe Empfehlungen der AGIN).

Ambrosia sowie unterirdische Pflanzenteile (Rhizome, Wurzeln) von Asiatischen Staudenknöterichen und Essigbäumen sind in einer Kehrichtverbrennungsanlage zu entsorgen. Fortpflanzungsfähiges Material der übrigen invasiven Neophyten ist in einer professionellen Platz- und Boxenkompostierung, einer Co-Vergärungsanlage mit Hygienisierungsschritt, einer Feststoffvergärungsanlage oder in einer Kehrichtverbrennungsanlage zu entsorgen.

Offene Böden (Bodendepots, Installationsplätze, Rohböden, etc.) und Flächen mit lückiger Vegetation sind regelmässig auf das Vorhandensein von invasiven Neophyten zu kontrollieren. Aufkommende invasive Neophyten sind zu bekämpfen. Fertig gestellte oder länger nicht beanspruchte, unversiegelte Flächen sowie Bodendepots sind so rasch wie möglich zu begrünen.